



## Fachkräfteeinwanderung löst Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht

Pressemitteilung von Susanne Ferschl, 19. Dezember 2018

**„Die Bundesregierung spricht über akuten Mangel an Fachkräften und verschweigt gleichzeitig Erwerbslose, Unterbeschäftigte und prekär Beschäftigte. Entweder verkennt sie die Situation am deutschen Arbeitsmarkt grundlegend, oder sie führt absichtlich eine falsche Debatte - beides ist besorgniserregend“, kommentiert Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das heute vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Ferschl weiter:**

„Arbeitgeber beklagen gerade in Branchen mit niedrigeren Qualifikationsanforderungen einen Mangel an Fachkräften und machen das an offenen Stellen fest. Dabei übersehen sie, dass eine hohe Personalfuktuation oft Indiz für schlechte Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne ist. Gerade in der Leiharbeit, im Sicherheitsgewerbe oder der Logistik ist der vermeintliche Mangel an Fachkräften lediglich Ausdruck des Bestrebens, Arbeitskosten niedrig zu halten.“

Die Bundesregierung will nun das Arbeitskräfteangebot durch Zuwanderung steigern, aber gleichzeitig die Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt nicht korrigieren. So bleiben Beschäftigte – einheimische und eingewanderte – prekären Arbeitsbedingungen zu schlechter Bezahlung ausgesetzt. Eine solche Einwanderungspolitik, die unseren Niedriglohnsektor mit niedrig entlohntem Personal versorgen soll, ist ökonomisch schädlich und führt zu einer verschärften Konkurrenz am Arbeitsmarkt. Dies gefährdet die gesellschaftliche Akzeptanz einer tatsächlich wünschenswerten Einwanderung von Fachkräften.

Um ein Berufsfeld attraktiver zu machen, braucht es bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Arbeitgebern, denen Fachkräfte fehlen, sollten in Ausbildung investieren und Weiterbildung nicht allein der Bundesagentur für Arbeit überlassen. Die Bundesregierung muss endlich die Notbremse ziehen und Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt korrigieren: Schluss mit Niedriglöhnen, Mini-Teilzeit, sachgrundlosen Befristungen und Leiharbeit.“